Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 62. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 52. Donnerstag, 1. März 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 53. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Reichsminister Schiele zum Landwirtschaftsetat.

Um das Notprogramm für die Landwirtschaft. — Aussprache im Reichstage.

Deutscher Reichstag.

vdz. Berlin, 29. Februar, 14 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Haushalts des Reichsministeriums für

Ernährung und Landwirtschaft.

Reichsernährungsminister Schiele

nimmt das Wort und wird sogleich von den Kommunisten mit dem Ruf empfangen: „Minister zur Aushungerung der Arbeiterschaft!"

Der Minister betont, wie bereits kurz gemeldet, die deutsche Landwirtschaft stehe an einem Wendepunkt und bedürfe der Hilfe, wenn nicht ein schweres Verhängnis für die ganze deutsche Wirtschaft heraufbeschworen werden soll. Die im Notprogramm der Regierung vorgesehene Umschuldungsaktion könne den Landwirten nur hinweghelfen über die Zeit bis zur nächsten Ernte. Eine dauernde Hilfe könne sie nicht bringen, die könne nur bewirkt werden dadurch, daß durch wirtschaftspolitische Maßnahmen die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht wird. **Die schwierige Betriebslage der Landwirtschaft wird wesentlich verschärft durch die Verhältnisse auf dem Viehmarkt.** Die Schweinepreise der letzten Monate liegen 20 Prozent unter den Erzeugungskosten. **Dadurch werden gerade die Kleinbauern und Landarbeiter am schwersten getroffen.** Unter diesen Umständen bedeutet es geradezu eine Großtat der Landwirtschaft, wenn sie dennoch den Viehbestand auf das Maß der Vorkriegszeit gebracht hat. Das Ziel der Eigenversorgung mit frischem Fleisch in Deutschland ist im wesentlichen erreicht. **Der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung hat im letzten Jahre mit 52,42 Kilogramm den Verbrauch der Vorkriegszeit überschritten.** Die sozialwirtschaftliche Not hinsichtlich der Fleischversorgung ist also vorüber. Wollen wir die Existenz unseres Nährstandes nicht noch weiter gefährden, so **müssen wir die Einfuhr an Fleisch und Lebendschlachtvieh möglichst eindämmen.** Die Regierung beabsichtigt in ihrem Notprogramm eine **ratenweise Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents** und die **Ausdehnung des Einfuhrscheinsystems auf die Ausfuhr von Schweinen und Schweinefleisch.** Der Einführung von Viehseuchen aus dem Ausland soll durch eine gleichmäßige Handhabung der veterinärpolizeilichen Grenzsperren und durch eine Aufhebung der bisherigen Einfuhrerleichterungen vorgebeugt werden. (Hört! hört! links.) Für eine bessere Organisation der Marktverhältnisse für Vieh und Fleisch ist ein Betrag von 22 Millionen als Reichsbürgschaft vorgesehen und weiter ein Betrag von acht Millionen, der im Ernährungsetat für 1928 angefordert werden soll. Erreicht werden soll eine **Stabilisierung der Viehpreise** und eine Verminderung der **Preisspanne zwischen** Erzeuger und Verbraucher.

Der Rentenbank-Kreditanstalt soll die Finanzierung der landwirtschaftlichen Produktion erleichtert werden. Zu dem gleichen Zweck sollen 25 Millionen den Genossenschaften zur Verfügung gestellt werden. Als Notfonds für die schleunige Durchführung der vorgesehenen Hilfsmaßnahmen sind 50 Millionen vorgesehen. Bei der Verwendung der Mittel soll ein Beirat aus Mitgliedern des Reichstags und des Reichsrats herangezogen werden.

Der deutlichste und sichtbarste Ausdruck für die verlustreiche Entwicklung der vergangenen Jahre ist die riesige Höhe der Nachkriegsverschuldung, die seit dem Jahre 1923/24 bis Herbst 1927 allein die erschreckende Höhe von sieben Milliarden RM. erreicht hat. Die Zinslast der Landwirtschaft ist damit einschließlich Verzinsung der Aufwertungsschuld und der Rentenbank-Grundschuld auf rund eine Milliarde RM. jährlich angewachsen, sie übersteigt also die Vorkriegszinslasten um rund 500 Millionen RM. Die Verschuldung trägt durchweg den Charakter der Not. Die Marktverhältnisse, wie sie sich in der Landwirtschaft gestaltet hatten, mußten den normalen Betrieb zum Verlustbetrieb machen. Diese Entwicklung erstreckt sich auf Betriebe aller Größenklassen. Wo bei Kleinbetrieben das Fortschreiten der Verschuldung nicht so stark nach außen hervortritt, ist dies durch eine schwere Beeinträchtigung der allgemeinen Lebenshaltung der Kleinbauern und ihrer Familien erkauft worden.

Die nächste und dringendste Aufgabe ist die **Umwandlung der drückenden hoch verzinslichen und kurzfristigen landwirtschaftlichen Schulden in langfristige Realkredite.** Zur Beschaffung von langfristigem Leihkapital sollen die territorialen öffentlichen Kreditinstitute, die Umschuldungskredite gewähren, durch eine besondere Organisation unterstützt werden, an der sich auch Reich und Länder beteiligen. Zur Durchführung wird die Reichsregierung an die territorialen Kreditinstitute Kassenvorschüsse in Höhe von zunächst 100 Millionen RM. gewähren und nach Möglichkeit darüber hinaus weitere Vorschüsse flüssig machen. Derartige Umschuldungs-Kredite sollen an bedrängte landwirtschaftliche Betriebe abgegeben werden, deren rationelle Fortführung bei Gewährung des Kredits zu erwarten steht. Das vorgeschlagene Hilfsprogramm der Regierung wird die Krise nicht beseitigen, sondern nur mildern können. Es bedarf daher notwendig einer Ergänzung durch weitere grundlegende Maßnahmen, die das Mißverhältnis zwischen den Einnahmen des Landwirts und seinen Betriebsausgaben, Schuldenzinsen und öffentlichen Lasten beseitigen und die Rentabilität wieder herstellen sollen.

Entscheidend beeinflußt wird die Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse durch die **gewaltige Einfuhr von ausländischen Nahrungsmitteln, die im letzten Jahre den Betrag von vier Milliarden überstieg. Es können hiervon rund drei Milliarden Mark durch eigene Erzeugung ersetzt werden,** wobei Voraussetzung ist, daß der Landwirtschaft durch eine planmäßige Handelspolitik die unbedingt erforderliche Sicherheit und der nötige Rückhalt gegeben wird. Die Erhaltung der Landwirtschaft muß nach wie vor ein wesentliches Ziel unserer deutschen Handelspolitik bilden. **Der Mangel an Rentabilität in der Landwirtschaft wirkt sich naturgemäß in Löhnen und Lebenshaltung aus und ist die letzte Ursache für die zunehmende Landflucht.** Während auf dem Lande die Arbeiternot wächst, stehen wir im Bereich der industriellen Erzeugung der Erwerbslosigkeit als Dauerproblem gegenüber. An die Stelle der bisherigen Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiete der Erwerbslosigkeit muß eine produktive Lösung dadurch treten, daß wir durch planmäßige Hebung unserer Landwirtschaft neue Arbeitsstellen dauernder Art schaffen.

Es ist klar, daß sich ein wirklicher Gesundungsprozeß in der Landwirtschaft nicht vollziehen kann ohne energische Selbsthilfe. Wenn die Selbsthilfe wirksam einsetzen soll, so müssen ihr von Reich und Ländern aber gewisse Hilfsstellungen gegeben werden.

Auf zwei besonders wichtigen Gebieten gelang es im letzten Jahre, auf dem Wege der Zinsverbilligung solche Hilfsstellen zu schaffen: Auf dem Gebiet der Bodenmeliorationen und auf dem des Molkereiwesens. Hinzu kommt als dritte Maßnahme ein Betrag von einer Million RM. zur Förderung der Geflügelhaltung und Organisation des Eierabsatzes.

Endlich gehören hierher **alle Maßnahmen, die dem landwirtschaftlichen Unterrichts-, Ausbildungs- und Beratungswesen dienen.** Meine besondere Sorge wird die Schaffung einer geeigneten Form der Wirtschaftsberatung für neu angesetzte Siedler sein, die dringender Unterstützung bedürfen. Das Bauerntum ist stets der treueste Hort bodenständiger Art und vaterländischer Gesinnung, der stärkste Rückhalt und das sicherste Bollwerk des Staates gewesen. Hier liegt die Grundlage unserer Vergangenheit. Nur in der Besinnung auf diese Grundlage können wir unsere Zukunft erfolgreich gestalten. **Es gibt nur einen Weg zu diesem Ziel: Den Weg über eine wiedergesundende deutsche Landwirtschaft.** (Beifall rechts.)

*

In der

Aussprache

erkannte der sozialdemokratische Abg. **Tempel** die schwere Notlage der Landwirtschaft durchaus an, bezeichnete aber die von der Regierung geplanten Hilfsmaßnahmen als verfehlt, vor allem die beabsichtigte Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents und die Zurückdämmung der Fleischeinfuhr. Er verlangte Aufhebung der Futtermittelzölle und sah eine dauernde Gesundung der Landwirtschaft nur durch eine Hebung der Kaufkraft der Verbrauchermassen als möglich an.

Auf seine Anfrage wegen der Geschäfte des Kapitäns Lohmann mit der Speckgesellschaft erklärte der Minister, daß er und sein Ministerium diesen Dingen völlig fern stehe.

Abg. **Jaudzey** (Dnat.) erklärt, die Not sei ungeheuer groß in allen Kreisen der Landwirtschaft, nicht nur bei den selbständigen Bauern, sondern auch bei den Landarbeitern. Auch der Landarbeiter bekomme beim Verkauf seines Schweines einen so niedrigen Preis, daß nicht einmal seine Selbstkosten gedeckt werden. Wenn die Sozialdemokratie jetzt um die Bauernstimmen wirbt, so muß man an die Bedingungen erinnern, zu denen die von Sozialdemokraten beeinflußten Länderregierungen der Landwirtschaft die Kredite gegeben haben. Sie verlangten nur zwei Prozent Zinsen, aber acht Prozent Amortisation, wie ein jüdischer Wucherer. Die von der Regierung geplante Hilfsaktion darf nur als ein Anfang angesehen werden. Dauernde Hilfe kann erst geschaffen werden, wenn die Landwirtschaft wieder rentabel gemacht wird. Die veterinärpolizeilichen Bestimmungen sollten auch beim Gefrierfleisch angewandt werden. Das Kontingent von 120 000 Tonnen zollfreien Gefrierfleisches entspricht einer Menge von 1 200 000 Schweinen. Würden diese Schweine der Landwirtschaft abgenommen, so wäre das schon eine große Hilfe. Notwendig ist auch der Abbau der Einfuhr von Südfrüchten und ausländischen Gemüsen. Wenn nicht geholfen wird, dann werden wir Bauern mit unseren Handwerkern und Kaufleuten zusammen nach Berlin kommen, um in ruhiger, stiller Demonstration zu zeigen, wie es der Landwirtschaft geht.

Abg. **Neyses** (Ztr.) meint, die jetzige Hilfsaktion komme reichlich spät, nachdem die Landwirte jahrelang vergeblich auf die wachsende Not hingewiesen hätten. Die Not der Klein- und Mittelbauern ist größer als die der Großgrundbesitzer. Ihnen geht es in vielen Fällen schlechter als den Erwerbslosen. Neben auskömmlichem Lohn ist den Arbeitern auch ihre Existenz in Zeiten der Krankheit und Not gesichert. Davon ist in der Landwirtschaft keine Rede. Die Abwanderung aus landwirtschaftlichen Gebieten ist daher erschreckend, besonders in Ostpreußen und im Westen des Reichs. Das Zentrum erkennt gern an, daß das Notprogramm geeignet ist, zur Milderung der Not der Landwirtschaft beizutragen, die Partei ist daher zur Mitarbeit bereit.

Abg. **Junson** (DVp.) erklärt: Nie war die Not der Landwirtschaft so groß wie heute. Man wirft ihr vor, sie habe zuviel Kredite aufgenommen; dazu war sie ja aber durch die Aufzehrung des Betriebskapitals durch die Inflation und durch die Steuern gezwungen. Die hohen Zinsen der Neuverschuldung, die alle Betriebsgrößen und -arten treffen, sind geradezu erdrückend. Wir sind bereit, den Minister zu unterstützen; denn rasche Hilfe tut not. Dieses Notprogramm darf aber nur ein erster Schritt sein, dem weitere folgen müssen. Zur Hebung des Milchabsatzes sollte man sich bemühen, die Qualität zu verbessern, damit die Milch zum wahren Volks- und Kindernährmittel wird. Selbst die Nebenbetriebe der Landwirtschaft, die früher einen gewissen Wohlstand sicherten, sind heute unrentabel. Die Industrie hat sich in ihrer Not kartelliert. Das konnte die Landwirtschaft nicht, sie ist von den Weltmarktpreisen abhängig. Deshalb braucht sie Zollschutz. Wir verlangen einen Abbau der Grundsteuern und eine Reform der Arbeitslosen-Versicherung. (Beifall bei der DVp.) Der Ausschuß hat unseren Antrag auf Beseitigung des Gefrierfleischkontingents angenommen. Das Notprogramm sieht jedoch nur ratenweisen Abbau des Kontingents vor. Wir sind auch damit einverstanden. Wir bekämpfen die polnische Schweineeinfuhr. Wir begrüßen es, wenn das Reich sich an der Preußenkasse beteiligen und sich dort den nötigen Einfluß sichern will. Der Hilfe bedürftig sind auch die notleidenden Winzer. Der Redner erörtert dann die besondere Notlage der Landwirtschaft im besetzten Gebiet.

Abg. **Lang** (Bayer. Vp.) führt aus, die in den letzten Demonstrationsversammlungen bekundete Erregung der Bauern sei verständlich angesichts des Unrechts, das der Landwirtschaft schon seit langen Jahren angetan worden sei. Besonderer Hilfe bedürfe die bayerische Milchwirtschaft. Die Landwirtschaft habe sich auf diesem Gebiete, besonders im Allgäu, mustergültige Selbsthilfeorganisationen geschaffen, die staatlich gefördert werden sollten. Das zollfreie Gefrierfleischkontingent sollte gänzlich beseitigt werden. Es habe dazu geführt, daß beispielsweise in München sich der Verbrauch an Schlachtochsen um 20 Prozent vermindert habe. Das Notprogramm finde die volle Zustimmung der Bayerischen Volkspartei.

Um 18¾ Uhr wird die Weiterberatung auf Donnerstag 12 Uhr vertagt.

Die Vorlage zur Entlastung des Reichsgerichts gescheitert.

X Berlin. Die angekündigte Besprechung der Führer der sieben großen Reichstagsfraktionen mit dem Reichsjustizminister über die Vorlage zur Entlastung des Reichsgerichts ist gestern abend vor sich gegangen. Gegen die Absicht, die Anfang 1926 außer Kraft gesetzte Verordnung, wonach in Ehescheidungsprozessen nur in Ausnahmefällen Revision beim Reichsgericht eingelegt werden durfte, zum Gesetz zu erheben, wurden von einem Teil der Fraktion, namentlich von den Sozialdemokraten, lebhafter Widerspruch laut. **Es wurde schließlich davon abgesehen, ein solches Gesetz dem jetzigen Reichstage vorzulegen.** Auch die Absicht, die Objektgrenze für das Reichsgericht von 4000 Mark auf 5000 Mark zu erhöhen, ließ man fallen, da eine Einigung nicht zu erzielen war.

Die Heeresreform in Frankreich.

X Paris. Die Kammer hat gestern vormittag die Beratung der zur Heeresreform gehörenden Gesetzentwürfe über die Cadres und Effektivbestände begonnen. Nach Ausführungen des Generalberichterstatters ist **folgende Verteilung vorgesehen:** Das französische Heer wird sich zusammensetzen aus 240 000 Franzosen, 90 000 Eingeborenen aus Nordafrika, 85 000 Eingeborenen aus den übrigen französischen Kolonien und 106 000 Berufssoldaten. Diese 521 000 Mann werden auf die einzelnen Waffengattungen wie folgt verteilt: 51,2 Prozent Infanterie, 9 Prozent Kavallerie, 21,4 Prozent Artillerie, 6,1 Prozent Pioniere, 7,9 Prozent Fliegertruppen, 2,1 Prozent Train, 1,2 Prozent Gesundheitsdienst und 1,1 Prozent Intendantur. In der Generaldebatte trat der der Republikanischen Vereinigung angehörende Abgeordnete Missoffe dafür ein, die Infanterie mit dem modernsten Kriegsmaterial auszurüsten. Es sei zu begrüßen, daß man den Tankabteilungen den Platz einräumen wolle, den sie angesichts der Entwicklung dieser Waffe im Ausland verdienten. Diese Frage stehe übrigens im engen Zusammenhang mit der Motorisierung des Heeres. Der sozialistische Abgeordnete Renaudel kritisierte den für die Infanterie vorgesehenen Prozentsatz und verteidigte den im sozialistischen Gegenentwurf für diese Waffengattung vorgesehenen Prozentsatz von 63. Die Kammer hat alsdann die Generaldebatte geschlossen und bereits in der Vormittagssitzung eine ganze Reihe von Artikeln des Gesetzes in der Einzelberatung verabschiedet.